

Neue Gesundheits-Steuer kommt!

CDU & SPD wollen ab 2008 bis zu 45 Milliarden für die Krankenversicherung über den Fiskus eintreiben

Jetzt wollen Gesundheitspolitiker von Schwarz-Rot die Steuern sogar zusätzlich um bis zu 45 Milliarden Euro ab 2008 erhöhen. Die neuen Steuerpläne zur Finanzierung der Gesundheitsreform, über die B.Z. am Mittwoch vorab berichtet hatte, sorgen für neuen Streit. In einer Krisensitzung mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber bereits dagegen protestiert. Die CSU verlangt mehr Einsparungen. So fehlen den gesetzlichen Kassen 2006 mindestens 7 Mrd. Euro, zu denen bisher lediglich Sparvorschläge über 2 Mrd. eingebracht wurden. Mehr Steuern für die Reform will die CSU "höchstens" zur Finanzierung der mitversicherten Kinder und Ehefrauen (16 Mrd.).

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sagte zur gleichen Zeit der dpa, sie sei offen für "Finanzierung über Beiträge auf alle Einkommen oder Finanzierung über Beiträge und aus dem Steueraufkommen."

Diese Gelder sollen nach dem Willen der Großen Koalition in einen Fonds fließen, der dann die Kassen mit einem Einheitsbeitrag wie die CDU-Kopfpauschale bedient. Der Chef des wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium, Axel Börsch-Supan, nannte den Fonds mit seiner Mischfinanzierung aus Beiträgen und Steuern eine "Mißgeburt". Damit wollten Union und SPD "oberflächlich die Gräben zuschütten". Der Fonds ermögliche keine nachhaltige Finanzierung, sondern verteile nur um. Wichtig sei die Bildung von Rücklagen.

(...)

Der vollständige Artikel von F. Weckbach-Mara erschien am 23. Juni 2006 in der Berliner Zeitung.